

V. Deutsch-Türkischer Sicherheitsdialog: Bedrohungsszenarien und Sicherheitskonzepte im Nahen Osten und am Golf

Am 16. und 17. April 2012 fand zum fünften Mal der Deutsch-Türkische Sicherheitsdialog statt. Die Konferenz wurde als Gemeinschaftsveranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung und dem Zentrum für Strategische Studien der Bahçeşehir Universität ausgerichtet und diente dazu, deutsche und türkische Politiker, Wissenschaftler und Sicherheitsexperten zusammen zu bringen und einen Austausch anzuregen.

Im Mittelpunkt des fünften Deutsch-Türkischen Sicherheitsdialoges standen die sicherheitspolitisch relevanten Entwicklungen im Nahen und Mittleren Osten mit dem Schwerpunkt auf den unmittelbaren Nachbarstaaten der Türkei: Syrien, Irak und Iran. In diesem Zusammenhang wurden die Auswirkungen des sogenannten „Arabischen Frühlings“ auf die Region vor dem Hintergrund aktueller politischer Ereignisse in den einzelnen Ländern dargelegt. Die Teilnehmer gingen der Frage nach, welche Rolle nicht-arabische Akteure wie die NATO, die Europäische Union oder die Türkei für die Zukunft der Region spielen könnten. Neben geschlossenen Sitzungen wurde am 16. April eine öffentliche Podiumsdiskussion mit dem Titel „Die Rolle und die Zusammenarbeit der NATO und der EU im Zusammenhang mit den Bedrohungsszenarien und Sicherheitsfragen im Nahen Osten und am Golf“ abgehalten, an der über hundert Personen teilnahmen. Es diskutierten der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesministerium der Verteidigung, Christian Schmidt, General a.D. Klaus Naumann, ehemaliger Generalinspekteur der Bundeswehr und ehemaliger Vorsitzender des NATO Militärausschusses, Prof. Dr. Hüseyin Bağcı, Abteilungsleiter für Internationale Beziehungen der Middle East Technical University, Prof. Dr. Ilter Turan von der Abteilung für Internationale Beziehungen

der Bilgi Universität, Dr. Markus Kaim, Leiter der Forschungsgruppe Sicherheitspolitik der Stiftung Wissenschaft und Politik, und Ercan Çitlioğlu, Leiter des Zentrums für Strategische Forschung der Bahçeşehir Universität.

Die geschlossenen Sitzungen, an denen etwa 30 deutsche und türkische Wissenschaftler, Politiker und ehemalige Funktionsträger teilnahmen, drehten sich um mögliche Veränderungen im Nahen und Mittleren Osten sowie den Einfluss externer Faktoren. Einführende Vorträge stellten die massiven und unvorhersehbaren Umbrüche in einer geopolitisch wichtigen Region dar. Sie wiesen ferner darauf hin, dass sich Veränderungen in einem Land auf die Anrainerstaaten – somit auch die Türkei und die Mitglieder der EU – auswirken können. Der Standpunkt westlicher Staaten oszilliere dabei zwischen dem Bedürfnis nach Stabilitätsförderung und werteorientierten Positionen, wie etwa humanitären Belangen. Neben der Türkei, der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten sind zunehmend aufstrebende Staaten wie Saudi-Arabien und der Iran sowie ihr Streben nach einer regionalen Vormachtstellung von zunehmender Relevanz. Die Bewertung der NATO, sowie deren Aufgaben und Erfolge fällt international unterschiedlich aus und reicht von Akzeptanz bis Zurückweisung.

Der erste große Themenblock befasste sich mit der Syrien-Krise. Seit dem Beginn der Unruhen im Frühling 2011 gab es einen kontinuierlichen Anstieg von Gewalt. Hauptsächlich stehen sich in diesem Konflikt die syrischen Regierung und eine heterogene Opposition gegenüber, die offensiv für einen Regimewechsel eintritt.

Da sich die Konfrontationen bisher nicht mit politischen Instrumenten beilegen lassen, stellen ökonomische Maßnahmen wie Sanktionen ein Druckmittel dar. Die Teilnehmer der Konferenz waren sich uneins, ob eine Militärintervention –

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KAS TÜRKEI

DR.COLIN DÜRKOP

SAMUEL KRUG

April 2012

www.kas.de/tuerkei

unabhängig davon, von wem sie durchgeführt werden sollte – eine geeignete Lösung darstellen würde: Die Einrichtung von *safe zones* oder *safe passages* auf syrischem Gebiet würde eher zu einem Abbau der Gewalt führen. Einstimmig plädierten die Beteiligten für eine langfristige Lösung unter der Miteinbeziehung der Mitglieder der Arabischen Liga. Ein Eingreifen der NATO hielten alle Beteiligten für unwahrscheinlich – außer für den Fall, dass Syrien die Türkei angreifen sollte, weil dann der fünfte Artikel des NATO-Bündnisses (Kollektiver Verteidigungsfall) in Kraft treten würde. Aufgrund einer stetig wachsenden Zahl von Flüchtlingen betreffen die Ereignisse in Syrien die Türkei zunehmend auch innenpolitisch. Ebenso wie für Deutschland stehen damit auch für die Türkei vor allem humanitäre Aufgaben im Zentrum, während sich das Interesse der USA für die Krise insbesondere auf geopolitische Überlegungen fokussiert.

Das zweite Thema widmete sich der Situation am Arabischen Golf. Der Irak, der aufgrund unterschiedlicher Ethnien und Konfessionen keineswegs als monolithischer Staat gesehen werden kann, erscheint nach dem Abzug ausländischer Truppen in einem desolaten Zustand. Die diversen Volksgruppen haben die Befürchtung, von den jeweils anderen ethnischen und religiösen Gruppen dominiert zu werden, was ein wachsendes Misstrauen und gewalttätige Auseinandersetzungen mit sich bringt. Um einem Zerfall staatlicher Strukturen entgegenzuwirken, ist ein Wandel von reiner Koexistenz hin zu einer Kooperation der Bevölkerung über die Grenzen religiöser und ethnischer Unterschiede hinweg notwendig. Der Iran sorgt mit seinem Nuklearprogramm für einen Anstieg der Spannungen in der Region und kann letztlich zu einer weiteren Destabilisierung des Nahen und Mittleren Ostens führen. Die Teilnehmer des Sicherheitsdialoges erörterten zwei mögliche Gründe für den Iran, an dem Atomprojekt festzuhalten. Einerseits diene die Atombombe für den Iran als ein potenzielles Mittel zur Abschreckung. Andererseits besteht theoretisch die Möglichkeit, dass sie tatsächlich eingesetzt werden soll. Ein Teil der Teilnehmer waren sich darin einig, dass für die derzeitige iranische Regierung Pragmatismus eine größere Bedeutung habe als Ideologie. Deutsche Teilnehmer äußerten zudem die Ansicht, es bestehe aktuell keine Gefahr für die westlichen Staaten und Israel, da sich der Iran darüber im Klaren sei, dass ein Angriff unkalkulierbare Vergeltungsschläge nach sich ziehen würde. Eine mögliche Entschärfung des Konflikts ließe sich am ehesten durch innenpolitischen Wandel erzeugen, der in erster Linie durch das Anwenden von *soft power* umsetzbar wäre. Ein militärischer Eingriff sei allenfalls von

Israel zu erwarten. Falls der Iran die Straße von Hormus blockieren sollte, wäre davon auszugehen, dass sich die USA aus wirtschaftlichen Gründen für eine militärische Option entscheiden könnte. Bestrebungen zwischen dem Iran und der USA sowie der EU, ein grundsätzliches Vertrauen wieder herzustellen, sei eine unabdingbare Grundvoraussetzung für die Lösung der Spannungen. Solch ein Vertrauen ließe sich beispielsweise dadurch herstellen, indem die iranische Regierung Beobachtern der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) Zutritt zu den Atomanlagen gewährt. Das Interesse internationaler Ordnungsmächte ist ein Indiz für die besondere Bedeutung des möglichen Konflikts mit dem Iran: Die wirtschaftlichen Folgen einer gewaltsamen Auseinandersetzung wären global spürbar.

Die Teilnehmer waren sich insgesamt darüber einig, dass für die Probleme der Region multilaterale Lösungen gesucht werden müssen. Die USA, die EU und die NATO sind wichtige Akteure im Nahen und Mittleren Osten. Jedoch würden ohne die Einbindung regionaler Organisationen wie der Arabischen Liga, der Afrikanischen Union oder dem Golf-Kooperationsrat die Konflikte zu keinem Ende kommen.

Auch die Türkei kann bei Verhandlungen eine Schlüsselrolle einnehmen, da ihr von verschiedenen Seiten und Beteiligten großes Vertrauen entgegengebracht wird. Sie ist sowohl Mitglied der Organisation für Islamische Zusammenarbeit (OIC) als auch seit über einem halben Jahrhundert Bündnispartner der NATO und kann somit als Mediator einen stabilisierenden Faktor darstellen. Einige Teilnehmer des Sicherheitsdialoges wollten militärische Lösungen im Falle Syriens und im Iran nicht ausschließen, befürworteten jedoch grundsätzlich eine friedliche Herangehensweise. Debatten um den Nahen und Mittleren Osten haben oft den Anschein, als wären die Forderung nach Demokratie und die Forderung nach Stabilität zwei entgegengesetzte Pole: In Zukunft solle man versuchen, beides gleichzeitig zu erreichen und anstelle von alten Konfrontationen verstärkt auch neue Formen der Kooperation – wie die Förderung wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung – anstreben.